

## Gedenktag zur Befreiung des KZ Auschwitz vor 75 Jahren

Anlässlich des Gedenkens an das Ausmaß des Holocausts berichtet der Artikel [Kein Respekt in KZ-Stätten](#) (FAZ.net, 26.01.2020, ggfs. hinter Paywall, zusammenfassender Inhalt aufrufbar unter Oldenburger Online-Zeitung, 26.01.2020 – [Fachleute beklagen fehlenden Respekt in KZ-Gedenkstätten](#)), wie der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald seit Jahren eine zunehmende Verrohung im Umgang und eine Zunahme von nicht nur holocaustleugnenden, sondern sogar holocaustbefürwortenden Aussagen in seiner Gedenkstätte wahrnimmt. Das Verhalten der Besucher in Gedenkstätten sieht er als Frühwarnsystem für die Gesellschaft an. Felix Klein, der Beauftragte der Bundesregierung für Antisemitismus, beklagt eine Zunahme und Verrohung des Diskurses, der zu antisemitischen Taten führt. Er plädiert für einen nationalen Aktionsplan gegen Antisemitismus, dafür sollen Lehrkräfte besser geschult, Curricula und Schulbücher überarbeitet sowie der Besuch in einer Gedenkstätte zur Pflicht werden. DL-Präsident Meidinger bestätigt, dass sich Lehrkräfte in manchen Kontexten mit der Unterrichtung des Holocausts überfordert fühlen, vor allem, wie sie mit anti-israelischen Argumenten in diesem Kontext umgehen sollen.

Im ausführlichen Interview spricht der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, auch über die Zunahme des Antisemitismus und was sich in den vergangenen 10-15 Jahren in Deutschland verändert hat. Er fordert eine klare Abgrenzung aller demokratischen Parteien von der AfD. Für Lehrkräfte fordert er Schulungen zum Umgang mit Antisemitismus sowohl in der Aus- wie Weiterbildung, es gäbe da ein riesiges Defizit. Besuche von Schulklassen in Gedenkstätten sollten obligatorisch sein, allerdings reiche es nicht, einfach zu einer Gedenkstätte zu fahren, der Besuch müsse in den Schulklassen vor- und nachbereitet werden. (Tagesspiegel, 27.01.2020 – [„In Berlin würde ich eine Basecap über die Kippa ziehen“](#))

Pressemitteilung der KMK-Präsidentin Hubig: [kmk.org, 27.01.2020 – KMK-Präsidentin Hubig: „Auschwitz ist Mahnung und Auftrag zugleich“](#)

Dazu auch:

27.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz – [Zum Auschwitz-Gedenktag am 27. Januar 2020: Bildung und Aufklärung als Stützen der Demokratie](#)

## Welttag der Bildung

Neben Ländern, indem schon Bildung, Alphabetisierung und Schulbesuch generell keine Selbstverständlichkeit sind, sieht DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger auch in einem so wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik große Probleme im Bildungssystem. Er fordert eine höhere Finanzierung, diese falle noch zu niedrig aus, wenn man vergleiche, wieviel Prozent ihres BIPs andere Länder für den Bildungsbereich ausgeben. In Bezug auf den Lehrkräftemangel erneuerte er seine Forderung, dass Quereinsteiger unbedingt ausreichend nachqualifiziert werden müssen. Notmaßnahmen seien in manchen Bundesländern im Moment zwar notwendig, aber langfristig müsse das Schulwesen und der Beruf der Lehrkraft attraktiver gemacht werden, um Lehrkräftemangel entgegen zu wirken. Dazu zähle auch mehr Respekt für Lehrkräfte und eine ausreichende Ausstattung der Schulen, z.B., indem bei der Digitalisierung nicht beim bisherigen Digitalpakt bleibe. (Tagesschau.de, 24.01.2020 – [Heinz-Peter Meidinger, Präsident Deutscher Lehrverband, zum Welttag der Bildung](#))

## Hör Tipp: Diskussion um Rechtschreibung

Vergangene Woche hatte Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann festgestellt, dass es im Zeitalter der Korrekturprogramme nicht mehr so wichtig sei, Rechtschreibung zu erlernen und zu üben. Bildungsministerin Eisenmann widersprach deutlich, ebenso der Rat für deutsche Rechtschreibung und die DPhV-Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

In dieser Woche betonte auch KMK-Präsidentin Hubig die Wichtigkeit der Rechtschreibung. (SWR.de, 27.01.2020 – [Politiker im Südwesten streiten über Rechtschreibung](#))

Der Deutschlandfunk nimmt das Thema in seiner Samstagssendung seines Bildungsmagazins „Campus und Karriere“ auf, die Gesprächsgäste sind:

- Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des deutschen Philologenverbandes
- Hans Brügelmann, Bildungsforscher und Mitglied des Grundschulverbandes
- Frank Kühn, Leiter der Max-Weber-Schule, vormals Rektor der deutschen Schule Helsinki

Beteiligung der Hörerinnen und Hörer ist kostenfrei möglich unter der Rufnummer 00800 – 44 64 44 64 oder durch eine Mail an [campus@deutschlandfunk.de](mailto:campus@deutschlandfunk.de). Ab Freitag 15 Uhr bis zur Sendung am Samstag kann unter der Rufnummer auch eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen werden.

Die Sendung kann später auf den Seiten des Deutschlandfunks [www.dlf.de](http://www.dlf.de) nachgehört werden.

Dazu auch:

31.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein – [Philologenverband: Rechtschreibung bleibt wichtige Kulturtechnik – auch im Computerzeitalter](#)

## Klassenfahrten

Nach einer Umfrage des DPhV erstatten mehrere Bundesländer ihren Lehrkräften nicht die Kosten, die ihnen durch Klassenfahrten entstehen, obwohl die Arbeits- und Aufsichtszeit auf solchen Fahrten sehr hoch liegt. Wenn es einen Zuschuss gibt, ist dieser oft durch ein festgelegtes Budget pro Schule beschränkt. Baden-Württemberg musste nach einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil die Verzichtserklärung abschaffen, die Lehrkräfte in Bezug auf eine Rückerstattung der Kosten unterschreiben sollten. Problematisch sind auch organisatorische Bedingungen, wie fehlende Schulkonten, woraufhin Lehrkräfte die Zahlungen der Schülerinnen und Schüler für die Fahrten auf privaten Konten einsammeln müssten, was rechtlich eigentlich nicht zulässig ist. Susanne Lin-Klitzing, DPhV-Bundesvorsitzende, fordert, dass alle Bundesländer die Reisekosten in voller Höhe übernehmen und verweist auf Bayern und Thüringen, wo das bereits der Fall sei.

(Süddeutsche Zeitung, 30.01.2020 – [Holzklassenfahrt](#), News4teachers.de, 28.01.2020 – [Reizthema Klassenfahrt – Philologen: Lehrern endlich alle Kosten erstatten!](#))

Dazu auch:

28.01.2020 – DPhV – [Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!](#)

28.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz – [Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!](#)

28.01.2020 – Hessischer Philologenverband – [Endlich Rechtssicherheit für Schulen bei Reisetätigkeiten](#)

28.01.2020 – Philologenverband Baden-Württemberg – [Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg \(PhV BW\) zum Thema Schulfahrten:](#)

30.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein – [Philologenverband fordert Rechtssicherheit und Erleichterungen bei Klassenfahrten](#)

## Lehrkräftemangel

KMK-Präsidentin Hubig fordert von den Ländern, ausreichend für den Bedarf Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, gegebenenfalls auch über dem Bedarf. Sie verweist dabei auf ihr eigenes Land Rheinland-Pfalz, in dem alle Stellen im Schuljahr 2020 mit vollausgebildeten Lehrkräften besetzt worden seien. Für Länder mit Lehrkräftemangel sieht die Notwendigkeit, dass Quereinsteiger ausreichend weitergebildet und auf den Schuldienst vorbereitet werden. (Süddeutsche Zeitung, 26.01.2020 – [Stefanie Hubig: Länder müssen genug Lehrer ausbilden](#))

Die BILD-Zeitung berichtet über Unterrichtsausfälle und ruft Eltern und Schüler dazu auf, sich mit Angaben zu Unterrichtsausfall zu melden. DL-Präsident Meidinger betont, dass schon seit mehreren Jahren mehr Lehrkräfte an den Universitäten hätten ausgebildet werden müssen. (Bild.de, 31.01.2020 – [15 Wochen ohne Deutsch-Unterricht](#))

Die Bayerischen Lehrerverbände warnen vor dem Lehrkräftemangel, nach einem Mangel im Grund- und Mittelschulbereich sieht der Bayerische Philologenverband auch im Bereich des Gymnasiums den Beginn eines neuen „Schweinezyklus“: Aufgrund der schlechten Einstellungschancen dort gebe es weniger Absolventen und Referendare, aufgrund der Wiedereinführung des G9 seien allerdings in fünf Jahren bis rund 1500 neue Gymnasiallehrkräfte notwendig. Der bpv und der Bayerische Realschulverband fordern, die jetzt vorhandenen Lehrkräfte über Einstellungskorridore und integrierte und mobile Lehrerreserven einzustellen, um einen erneuten Lehrkräftemangel in wenigen Jahren zu vermeiden. (Süddeutsche Zeitung, 29.01.2020 – [Verbände warnen vor Lehrermangel](#))

Dazu auch:

28.01.2020 – KEG Bayern – [Lehrermangel wird sich verschärfen – Extreme Lücken in der Mittelschule!](#)

29.01.2020 – brlv – [Realschule mit zukunftsorientierter Ausrichtung](#)

## Internate

Tagesablauf, Aufgaben und Verdienst einer Privatschullehrerin am Internat Salem schildert der ausführliche Artikel [3069 Euro brutto für die Lehrerin im Elite-Internat](#) (jetzt.de, 27.01.2020).

## Youtube-Nachhilfe

Youtube-Videos, die Unterrichtsinhalte ergänzen, können nützlich sein, so DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger. Allerdings: Um zu wissen, was sie an Erklärungen brauchen und suchen müssen, müssen die Schülerinnen und Schüler erst mal selbst wissen, wo genau ihre Lücken liegen. (shz.de, 28.01.2020 – [Lernen mit Youtube : Mathe per Mausclick](#))

## Fridays for Future

Bußgelder für die unentschuldigsten Fehlstunden der Fridays-for-Future-Demonstrant/innen, ja oder nein? In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Civey zeichnet sich eine gespaltene Meinungslage ab – ca. 44 % sind für Bußgelder („eher ja“ oder „ja, auf jeden Fall“) während sich über 50 % dagegen aussprechen („eher nein“ oder „nein, auf keinen Fall“) und knapp 6 % unentschieden bleiben. Bisher hatte nur die Stadt Mannheim im Juli 2019 eine Strafe gegen mehrere Jugendliche verhängt, dies aber aufgrund der Proteste von Eltern, Bürger/innen und Politik wieder zurückgenommen. DL-Präsident Meidinger äußert zwar Verständnis und Unterstützung für die Anliegen der demonstrierenden Jugendlichen kritisierte aber das Fernbleiben vom Unterricht wegen Teilnahme an den Protestaktionen,

dies sei keineswegs tolerierbar. (Monda Magazin, 25.01.2020 – [Fridays for Future: Bußgelder für streikende Schüler\\*innen](#))

## **Pressemitteilungen der Mitgliedsverbände des DL (Bundes- und Landesverbände)**

24.01.2020 – BvLB – [PISA-Studie: Automechaniker, Erzieherin, Polizist](#)

27.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz – [Zum Auschwitz-Gedenktag am 27. Januar 2020: Bildung und Aufklärung als Stützen der Demokratie](#)

28.01.2020 – DPhV – [Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!](#)

28.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz – [Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!](#)

28.01.2020 – Hessischer Philologenverband – [Endlich Rechtssicherheit für Schulen bei Reisetätigkeiten](#)

28.01.2020 – Philologenverband Baden-Württemberg – [Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg \(PhV BW\) zum Thema Schulfahrten:](#)

28.01.2020 – KEG Bayern – [Lehrermangel wird sich verschärfen – Extreme Lücken in der Mittelschule!](#)

29.01.2020 – brlv – [Realschule mit zukunftsorientierter Ausrichtung](#)

29.01.2020 – Philologenverband Baden-Württemberg – [Verband der Gymnasiallehrkräfte bewertet Vorgriffstunden-modell für die Gymnasien sehr skeptisch](#)

30.01.2020 – Verband Niedersächsischer Lehrkräfte – [Statement von Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR, zur heute \(30.01.20\) im Landtag geführten Diskussion über die Unterrichtsversorgung an Niedersachsens Schulen](#)

30.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein – [Philologenverband fordert Rechtssicherheit und Erleichterungen bei Klassenfahrten](#)

31.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein – [Philologenverband: Rechtschreibung bleibt wichtige Kulturtechnik – auch im Computerzeitalter](#)

24.01.2020 – BvLB

## ***PISA-Studie: Automechaniker, Erzieherin, Polizist***

### **BvLB schlägt Alarm: Berufswünsche trotz Digitalisierung wie vor Jahrzehnten**

Die digitale Transformation beschleunigt sich immer weiter. 60 Prozent der heute 6- bis 13-Jährigen werden künftig in einem Beruf arbeiten, den es heute noch gar nicht gibt – was nur ein Beispiel für den rasanten digitalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft ist – „Eine Tatsache, die bei den Jugendlichen von heute noch nicht angekommen zu sein scheint“, sagt Joachim Maiß, einer der beiden Vorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB), und schlägt Alarm. Denn die Traumberufe der Schülerinnen und Schüler haben sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert. Auf der Wunschliste ganz oben rangieren: Automechaniker, Erzieherin, Polizist und Lehrerin. Das zeigt eine Sonderauswertung der neuesten Pisa-Studie, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dieser Tage vorgestellt hat.

Auch im Zeitalter zunehmender Digitalisierung und künstlicher Intelligenz streben Jugendliche demnach vor allem etablierte Berufe an. Die Gründe dafür sind vielfältig, lassen sich aber dennoch auf eine ganz einfache Formel herunterbrechen: „Man kann nur das werden, was man kennt. Es gibt 321 Ausbildungsberufe, deren Inhalte und Ausprägung den wenigsten Jugendlichen bekannt sind“, sagt Maiß, der einen großen Nachholbedarf bei der Aufklärungsarbeit sieht. Das fängt bei den Eltern an, die bei der Schullaufbahn wie der Berufswahl Einfluss nehmen, setzt sich über eine verfehlte Berufsberatung fort und endet letztlich in der fehlenden Verzahnung von Schule und Wirtschaft. Entscheidend dabei ist, dass die unterschiedlichen Handlungsfelder zeitgleich angegangen werden müssen.

„Wir müssen mit einem Schulsystem von gestern die Jugend von heute für die Arbeitswelt von morgen ausbilden, ohne überhaupt zu wissen, wie genau sie aussieht. Das trifft auf die allgemeinbildenden ebenso wie auf die berufsbildenden Schulen zu, die hier ganz besonders gefordert sind. Aktuell besteht damit die große Gefahr, dass wir die nächste Generation für die Vergangenheit und nicht für die Zukunft ausbilden“, sagt Eugen Straubinger, ebenfalls BvLB-Bundesvorsitzender. Um hier erfolgreich gegenzusteuern, müssen Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Schule strukturelle ebenso wie systemische Veränderungen vorantreiben und den Dialog und Austausch über alle Grenzen hinweg fördern. Wichtig ist hier aus Sicht der Berufsbildner zum Beispiel, tragfähige Lernortkooperationen mit den Betrieben zu institutionalisieren. Denn Bildungsleistungen sind untrennbar mit wirtschaftlichem Erfolg verflochten.

Die aktuelle Pisa-Studie, bei der weltweit 600.000 Jugendliche im Alter von 15 Jahren befragt wurden, zeigt: Die meisten Mädchen in Deutschland (10,4 Prozent) wollen Lehrerin werden. Dahinter folgen Ärztin (10 Prozent), Erzieherin (6,4 Prozent) und Psychologin (4,5 Prozent). Bei den Jungen ist eine gewisse IT-Affinität auszumachen. Immerhin 6,7 Prozent wollen IT-Spezialist werden. Oben im Ranking stehen aber auch Industrie- und Automechaniker (5,2 und 5,1 Prozent), Polizist (4,5 Prozent) oder Lehrer (3,8 Prozent).

„Die Berufswünsche decken sich in keiner Weise mit dem Fachkräftebedarf der Wirtschaft - vor allem im Kontext mit der voranschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft. Wie sehr die Digitalisierung das Alltagsleben verändern wird, kann niemand voraussagen. Fakt ist aber, dass sich die Arbeitswelten dramatisch verändern und dieser Prozess deutlich schneller vonstattengeht als bisher angenommen“ sagt Straubinger. Doch „jenseits des Kabels“ herrscht im bildungspolitischen Alltag Unklarheit: Wie könnten didaktische Konzepte für eine digitale Welt aussehen? Welche gesellschaftliche Rolle übernimmt Schule in einer digitalisierten Gesellschaft? Für welche Berufswelt muss Schule künftig ausbilden? Und wie soll die Lehrerfort- und -weiterbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen?

„Wir haben in der Vergangenheit schon mehrfach die offenkundigen Probleme, an der die Digitalisierung zu scheitern droht, benannt. Zuletzt beim BvLB-Berufsbildungskongress Mitte November 2019 im Berliner dbb-Forum. Hier diskutierten etwa 300 Teilnehmer – versehen mit viel Input von namhaften Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft – zwei Tage lang alle relevanten Aspekte einer zukunftsweisenden Berufsbildung“, sagt Maiß und betont: „den nächsten Aufschlag werden wir auf der Didacta Ende März in Stuttgart machen und hier für ein konzertiertes Miteinander werben.“

Alle drei Jahre werden in der PISA-Studie die Kompetenzen der 15-Jährigen in mehr als 70 Ländern getestet. In der aktuellen Erhebung lag der Schwerpunkt auf der Lesekompetenz, untergeordnete Erhebungsbereiche waren Naturwissenschaften und Mathematik. 2018 nahmen 79 Länder und Volkswirtschaften sowie 600 000 Schülerinnen und Schüler teil – so viele wie nie zuvor. In Deutschland waren es etwa 5450 Schüler von 226 Schulen.

---

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.

**27.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz**

### ***Zum Auschwitz-Gedenktag am 27. Januar 2020: Bildung und Aufklärung als Stützen der Demokratie***

Am 27. Januar vor 75 Jahren wurden in Auschwitz inhaftierte Menschen von alliierten Truppen aus dem Konzentrationslager befreit. Wir gedenken der Familien, die auseinandergerissen wurden und denen führende Nationalsozialisten, Handlanger und Mitläufer unvorstellbare Grausamkeiten zufügten. Wir gedenken der vielen Ermordeten. Wir gedenken der Überlebenden und ihrer Nachkommen, die der erlittene Terror ein Leben lang verfolgte und auch heute noch verfolgt.

Was in Auschwitz und andernorts an Gräueltaten geschah, war eine Fortsetzung dessen, was sich in den Jahren und Jahrzehnten zuvor in der Gesellschaft ausgebreitet hatte. Das Gefühl vieler Menschen, auf der Verliererseite zu stehen, wurde überlagert von einem Überlegenheitsgefühl anderen Personengruppen gegenüber. Diese unselige Mischung kulminierte im Rassenwahn der Nationalsozialisten.

75 Jahre später werden Parallelen zwischen gestern und heute gezogen, und die Bezeichnung des vor uns liegenden Jahrzehnts als „Zwanziger Jahre“ ruft Erinnerungen an die darauffolgenden Dreißiger Jahre und den Weg in die Diktatur wach. Damit sich Geschichte nicht wiederholt, darf die Auseinandersetzung mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten und mit dem stummen oder schadenfrohen Zuschauen der Menschen im Dritten Reich niemals aufhören. Darum ist die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts an den Schulen auch heute noch so wichtig.

Freiheit und Demokratie sind wertvolle Errungenschaften. Ohne sie kann es schnell zu spät sein, wie die Jüdin Regina Steinitz in einem Interview mit Anja Reich in der Berliner Zeitung vom 17.01.2020 festhält: „Ein junger Mann aus Deutschland hat mir mal gesagt, er hätte sich in der Nazi-Zeit gewehrt. Ich habe zu ihm gesagt: Mein Liebling, du hättest mitgemacht, du hättest auch dein Maul gehalten! Das war eine Diktatur!“

Cornelia Schwartz  
Landesvorsitzende  
27.01.2020

Jochen Ring  
Pressereferent

Nachzulesen ist die Geschichte von Regina Steinitz in

Regina Steinitz, Regina Scheer: Zerstörte Kindheit und Jugend. Mein Leben und Überleben in Berlin. Hrsg. Leonore Martin und Uwe Neumärker. Berlin (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas), 2014.

**28.01.2020 – DPhV**

### ***Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!***

Klassen- und Kursfahrten, Schüleraustausche und Exkursionen sind integraler Bestandteil des schulischen Bildungsauftrages.

„Deshalb ist es unerlässlich, dass die Kultusministerien dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte solche Fahrten nicht privat mitfinanzieren müssen! Ebenso muss die Verwaltung der zur Durchführung dieser Fahrten benötigten Finanzmittel an den Schulen endlich möglich sein – und das juristisch nicht angreifbar!“, fordert die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing. „Alle anfallenden Kosten der Aufsichts- und Begleitpersonen sind bei Kurs- und Klassenfahrten vollumfänglich zu übernehmen. Dieser Verpflichtung müssen die Kultusminister endlich nachkommen!“

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil von Oktober 2018 (BVerwG 5 C9.17) ausdrücklich festgestellt, dass es sich bei Kurs- und Klassenfahrten nicht um „Privatvergnügen“ der Lehrkräfte handelt. Der Dienstherr muss seiner Fürsorgepflicht nachkommen und die dienstlich veranlassten Reiseaufwendungen komplett zurückzuerstatten. „Die Praxis, die Genehmigung einer Klassenfahrt an den freiwilligen Verzicht der Lehrkräfte auf die Rückerstattung von Reisekosten durch die Schule zu koppeln, ist nicht rechtmäßig! Lehrkräfte werden damit in unzulässiger Weise vor die Wahl gestellt, ihre berechtigten Interessen einer Reisekostenerstattung gegen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag abwägen zu müssen, weil der Dienstherr hier sparen will.“, beklagt die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes.

Ein weiteres Problem ist Folgendes: Die Planung und Durchführung von Klassenfahrten liegt im Bildungsinteresse der Schülerinnen und Schüler. Die Fahrten können jedoch nur erfolgen, wenn die finanziellen Aufwendungen für diese Reisen von ihnen bzw. ihren Eltern übernommen werden. Wohin aber mit dem zur Verfügung gestellten Geld bis zur Reise? Aus rechtlicher Sicht dürfen diese Einzahlungen nicht auf die privaten Konten der Lehrkräfte erfolgen. Dafür müssen separate, pfändungssichere Treuhandkonten eingerichtet und vorgehalten werden, die kostenpflichtig sind. „Diese Kontokosten dürfen doch nicht zu Lasten der Aufsichts- und Begleitlehrkräfte fallen. Hier sind alle Bundesländer gefragt, endlich eine rechtskonforme Lösung zur Verwaltung der finanziellen Mittel für Klassenfahrten zu schaffen!“, mahnt die DPhV-Vorsitzende bei den Kultusministern an.

Dazu kommt: In vielen Bundesländern nimmt die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Schuldienst seit Jahren kontinuierlich zu. Viele der schulischen Fahrtenkonzepte können nur aufrechterhalten werden, weil sich ein Großteil der Teilzeitlehrkräfte freiwillig wie Vollzeitlehrkräfte zur Begleitung von mehrtägigen Klassenfahrten bereit erklärt.

„Dies darf aber doch nicht zum Nachteil der teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen ausgelegt werden! Das, was bei den Tarifbeschäftigten bereits ausgeurteilt ist, nämlich dass sie nicht nur ihre Auslagen vollständig erstattet bekommen, sondern auch für die Zeit der Klassenfahrt wie Vollbeschäftigte bezahlt werden, das sollte selbstverständlich ebenso auch für die teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten gelten!“, erwartet Lin-Klitzing. Hier

muss endlich im Interesse der teilzeitbeschäftigten, verbeamteten Lehrkräfte eine gute Lösung gefunden werden.

„Lehrkräfte, die Klassenfahrten organisieren und begleiten, müssen diese rechtssicher abwickeln können und ihnen müssen die entstandenen Kosten vollumfänglich vom Dienstherrn ersetzt werden. „Was in allen anderen Bereichen selbstverständlich ist, muss doch genauso für unsere Lehrkräfte gelten, damit sich auch weiterhin engagierte Kolleginnen und Kollegen bereithalten, qualitativ hochwertige und pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten durchzuführen“, so die Forderung von Susanne Lin-Klitzing.

Berlin, 28.1.2020

Eva Hertzfeldt  
Pressesprecherin  
Deutscher Philologenverband

**28.01.2020 – Philologenverband Rheinland-Pfalz**

### ***Deutscher Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten und endlich volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten für die begleitenden Lehrkräfte!***

Klassen- und Kursfahrten, Schüleraustausche und Exkursionen sind integraler Bestandteil des schulischen Bildungsauftrages. „Deshalb ist es unerlässlich, dass die Kultusministerien dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte solche Fahrten nicht privat mitfinanzieren müssen! Ebenso muss die Verwaltung der zur Durchführung dieser Fahrten benötigten Finanzmittel an den Schulen endlich möglich sein - und das juristisch nicht angreifbar!“, fordert die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing. „Alle anfallenden Kosten der Aufsichts- und Begleitpersonen sind bei Kurs- und Klassenfahrten vollumfänglich zu übernehmen. Dieser Verpflichtung müssen die Kultusminister endlich nachkommen!“

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil von Oktober 2018 (BVerwG 5 C9.17) ausdrücklich festgestellt, dass es sich bei Kurs- und Klassenfahrten nicht um „Privatvergnügen“ der Lehrkräfte handelt. Der Dienstherr muss seiner Fürsorgepflicht nachkommen und die dienstlich veranlassten Reiseaufwendungen komplett zurückzuerstatten. „Die Praxis, die Genehmigung einer Klassenfahrt an den freiwilligen Verzicht der Lehrkräfte auf die Rückerstattung von Reisekosten durch die Schule zu koppeln, ist nicht rechtmäßig! Lehrkräfte werden damit in unzulässiger Weise vor die Wahl gestellt, ihre berechtigten Interessen einer Reisekostenerstattung gegen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag abwägen zu müssen, weil der Dienstherr hier sparen will.“, beklagt die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes.

Ein weiteres Problem ist Folgendes: Die Planung und Durchführung von Klassenfahrten liegt im Bildungsinteresse der Schülerinnen und Schüler. Die Fahrten können jedoch nur erfolgen, wenn die finanziellen Aufwendungen für diese Reisen von ihnen bzw. ihren Eltern übernommen werden. Wohin aber mit dem zur Verfügung gestellten Geld bis zur Reise? Aus rechtlicher Sicht dürfen diese Einzahlungen nicht auf die privaten Konten der Lehrkräfte erfolgen. Dafür müssen separate, pfändungssichere Treuhandkonten eingerichtet und vorgehalten werden, die kostenpflichtig sind. „Diese Kontokosten dürfen doch nicht zu Lasten der Aufsichts- und Begleitkräfte gehen. Hier sind alle Bundesländer gefragt, endlich eine rechtskonforme Lösung zur Verwaltung der finanziellen Mittel für Klassenfahrten zu schaffen!“, mahnt die DPhV-Vorsitzende bei den Kultusministern an.



Cornelia Schwartz, Landesvorsitzende des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz, teilt die Position der Bundesvorsitzenden, Susanne Lin-Klitzing: „Lehrkräfte, die Klassenfahrten organisieren und begleiten, müssen diese rechtssicher abwickeln können und ihnen müssen die entstandenen Kosten vollumfänglich vom Dienstherrn ersetzt werden. Was in allen anderen Bereichen selbstverständlich ist, muss doch genauso für unsere Lehrkräfte gelten, damit sich auch weiterhin engagierte Kolleginnen und Kollegen bereithalten, qualitativ hochwertige und pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten durchzuführen.“

Cornelia Schwartz  
Landesvorsitzende  
28.01.2020

Jochen Ring  
Pressereferent

## **28.01.2020 – Hessischer Philologenverband**

### ***Endlich Rechtssicherheit für Schulen bei Reisetätigkeiten***

Der Hessische Philologenverband fordert das Hessische Kultusministerium zum wiederholten Mal auf, den sog. Wandererlass umgehend zu aktualisieren und neu zu fassen. Für die Lehrkräfte ist dabei sicherzustellen, dass die Reisekosten für Kurs- und Klassenfahrten in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu gewähren sind.

Klassen- und Kursfahrten, Schüleraustausche und Exkursionen sind integraler Bestandteil des schulischen Bildungsauftrages. Deshalb fordert heute auch der Deutsche Philologenverband die Kultusministerien der Länder auf dafür Sorge zu tragen, dass Lehrkräfte solche Fahrten nicht privat mitfinanzieren müssen. „Ebenso muss die Verwaltung der zur Durchführung dieser Fahrten benötigten Finanzmittel an den Schulen endlich möglich sein - und das juristisch nicht angreifbar!“, so die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing. „Alle anfallenden Kosten der Aufsichts- und Begleitpersonen sind bei Kurs- und Klassenfahrten vollumfänglich zu übernehmen. Dieser Verpflichtung müssen die Kultusminister endlich nachkommen!“

In Hessen ist seit mehr als einem Jahr angekündigt, dass der bisherige Wandererlass einer Revision unterzogen werden soll. Nach wie vor warten die hessischen Lehrkräfte auf diese Neufassung, die dringend notwendig ist. Die Rahmenbedingungen von Klassen-, Studien- und Austauschfahrten haben sich geändert. Die zurzeit geltenden Kostengrenzen korrespondieren nicht mit der Realität und sind zu niedrig angesetzt. Die Möglichkeit zur Anspargung der Klassenfahrten über mehrere Monate wird konterkariert durch die Bestimmungen zur Kontoführung durch Lehrkräfte, da eine Anspargung über die Schuljahresgrenze nicht mehr gestattet ist.

Noch immer sieht das Kultusministerium für Lehrkräfte eine pauschale Kostenerstattung bei Kurs- und Klassenfahrten vor, obwohl das Land Hessen bereits durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen dazu verurteilt wurde, die tatsächlichen Kosten zu erstatten. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Lehrkräfte als einzige Beamte des Landes Hessen für erhebliche Kosten bei dienstlichen Tätigkeiten aus eigener Tasche aufkommen müssen, zumal sie qua Dienstordnung zur Durchführung der Veranstaltungen verpflichtet sind“, konstatiert Reinhard Schwab, Vorsitzender des Hessischen Philologenverbandes.

Hessischer Philologenverband e.V.  
Dr. Iris Schröder-Maiwald  
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

## ***Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV BW) zum Thema Schulfahrten:***

- **Philologenverband fordert Rechtssicherheit bei Schulfahrten**
- **PhV-Vorsitzender Ralf Scholl: „Land muss Kosten für Lehrkräfte bei Klassenfahrten endlich in voller Höhe übernehmen“**
- **Rechtssichere Kostenabwicklung über Schulkonten muss ermöglicht werden**
- **Beamte in Teilzeit leisten bei Klassen- und Kursfahrten sowie Schüleraustauschen einen Vollzeit-Job und müssen dafür entsprechend voll bezahlt werden analog zu Arbeitnehmern**

„Das Land muss die anfallenden Kosten für die Aufsichts- und Begleitpersonen bei Schulfahrten endlich uneingeschränkt in voller Höhe übernehmen“, fordert der Vorsitzende des Philologenverbands Baden-Württemberg, Ralf Scholl. Schüleraustausche, Exkursionen sowie Klassen- und Kursfahrten seien ein elementarer Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags. „Deshalb muss das Kultusministerium endlich den Anspruch der Lehrkräfte gemäß dem letztinstanzlichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von Oktober 2018 regeln (BVerwG 5 C9.17). Anderthalb Jahre nach diesem Urteil warten die Lehrkräfte aber immer noch auf vollständige Bezahlung.“

Das BVerwG habe ausdrücklich festgestellt, dass es sich bei Kurs- und Klassenfahrten nicht um „Privatvergnügen“ der beteiligten Lehrkräfte handelt. „Der Dienstherr muss endlich seiner Fürsorgepflicht nachkommen und die dienstlich veranlassten Reiseaufwendungen komplett zurückerstatten“, so Ralf Scholl.

Im Zusammenhang mit den Schulfahrten besteht ein weiteres juristisches Problem: Bisher gibt es in Baden-Württemberg keine Schulkonten für die finanzielle Abwicklung von Schüleraustauschen, Exkursionen sowie Klassen- und Kursfahrten. „Die gegenwärtige Praxis, wonach die Gelder der Schüler bzw. der Eltern auf ein von der Begleitlehrkraft eingerichtetes (und damit privates) Konto eingezahlt werden, muss dringend beendet werden“, mahnt Ralf Scholl an. „Aus rechtlicher Sicht ist die Einzahlung auf solche Konten höchst problematisch. Dafür müssen separate, pfändungssichere Treuhandkonten eingerichtet und vorgehalten werden, die kostenpflichtig sind. Solche Kontokosten dürfen nicht zu Lasten der Aufsichts- und Begleitlehrkräfte fallen“, betont der Vorsitzende des PhV BW. „Das Land Baden-Württemberg ist aufgefordert, zeitnah eine rechtssichere Lösung zur Verwaltung der Mittel für Klassenfahrten zu schaffen und Schulkonten für die finanzielle Abwicklung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen einzurichten“, erklärt Ralf Scholl.

Hinzu kommt: Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Schuldienst nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Viele der schulischen Fahrten können nur deshalb angeboten werden, weil sich Teilzeitlehrkräfte freiwillig zur Begleitung von mehrtägigen Klassenfahrten bereit erklären. „Dies darf jedoch den teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen nicht zum Nachteil gereichen! Das, was bei den Tarifbeschäftigten bereits ausgeurteilt ist - nämlich dass sie nicht nur ihre Auslagen vollständig erstattet bekommen, sondern auch für die Zeit der Klassenfahrt wie Vollbeschäftigte bezahlt werden – sollte selbstverständlich gleichermaßen auch für teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamten gelten!“, fordert der PhV-Vorsitzende. Hier müsse endlich im Interesse der teilzeitbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräfte eine gute Lösung gefunden werden.

„Lehrkräfte, die Klassenfahrten organisieren und begleiten, müssen diese rechtssicher abwickeln können; gleichzeitig müssen ihnen die entstandenen Kosten vollumfänglich vom Dienstherrn ersetzt werden“, betont Ralf Scholl.

„Was in anderen Bereichen selbstverständlich ist, muss genauso für Lehrkräfte gelten, damit auch weiterhin Kolleginnen und Kollegen bereit sind, qualitativ hochwertige und pädagogisch

sinnvolle Klassenfahrten engagiert durchzuführen“, so der Vorsitzende des Verbands der Gymnasiallehrkräfte abschließend.

**28.01.2020 – KEG Bayern**

### ***Lehrermangel wird sich verschärfen – Extreme Lücken in der Mittelschule!***

**Man ist sich einig: Der Lehrermangel wird sich wohl trotz der Maßnahmen des Kultusministeriums verschärfen – und die Mittelschulen wird es besonders hart treffen.**

2020 gab es keinen angenehmen Start für viele Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. Angekommen ist die Verunsicherung auch an den Universitäten. Die jüngsten Maßnahmen von Kultusminister Piazzolo zur Bekämpfung des Lehrermangels an bayerischen Schulen diskutiert der KEG-Kreisvorsitzende Andreas Fichtl mit Studenten und weiteren Gewerkschaftsvertretern an der KU Eichstätt-Ingolstadt.

Das Maßnahmenpaket sieht vor, für alle Lehrkräfte die Mindeststunden für Teilzeit und das Mindestalter für den vorzeitigen Ruhestand zu erhöhen. Zusätzlich kommt für die meisten Lehrer\*Innen noch eine Stunde Mehrarbeit (Arbeitszeitkonto) pro Woche hinzu. Besonders besorgniserregend ist, dass Lehrkräfte an Mittelschulen vom letzten Punkt ausgenommen sind, da der Mangel dort so groß und unabsehbar ist, dass die Mehrarbeit über ein Arbeitszeitkonto schlicht nicht zurückgegeben werden kann.

Da stellt sich die Frage: „Warum ist der Mangel an den Mittelschulen besonders hoch?“ Andreas Fichtl gab sie an die Studenten weiter. Von vielen Diskussionsteilnehmern wird die beschlossene Erhöhung der Studienplätze nicht als Lösung des Problems gesehen. Mehr Studienplätze bedeuten nämlich nicht automatisch, dass in der Folge mehr Lehrer\*Innen in den Schuldienst eintreten – gerade auch in den Schulformen Grund-, Förder- und Mittelschule, in denen eklatanter Personalmangel herrscht. Diese Einschätzung wird durch Zahlen gestützt: Bereits heute werde das Angebot an der KU Eichstätt-Ingolstadt nicht voll ausgeschöpft. Von den 180 angebotenen Plätzen werden nur 146 von Studienanfängern besetzt. Da ist es besonders ärgerlich, dass von diesen schätzungsweise 30-40% nie den Schuldienst antreten werden. Und die Zahl derer, die die Anforderungen des Lehramts Mittelschule nicht richtig eingeschätzt haben und in der Folge Studium beziehungsweise Referendariat abbrechen, mehrt sich nach Erfahrung der KEG. Hier braucht es eine umfassendere Aufklärungsarbeit, die früher einsetzt und eine gezieltere Ansprache, um geeignete Personen zu gewinnen. Auch die im Vergleich zu anderen Lehrämtern immer noch geringere Besoldung muss angepasst werden, da dies ein gewichtiger Grund ist, weshalb sich viele Studienanfänger letztendlich gegen die Grund- und Mittelschulen entscheiden.

„Lehrerverbände und Gewerkschaften warnen schon seit Jahren vor dem Lehrermangel – er war lange vorhersehbar. Jetzt müssen wir die Fehler der Vergangenheit ausbaden“, kommentiert KEG-Landesvorsitzende Walburga Krefting die Maßnahmen. „Diese belasten nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen, die zur Zeit an den Schulen unterrichten, sondern machen den Lehrberuf auch auf lange Sicht unattraktiver.“

Anstatt kurzfristiger Not-Maßnahmen, die den Druck auf Pädagog\*Innen weiter erhöhen, müsse vor allem der Beruf wieder attraktiver gemacht werden. Fichtl sieht nur eine Lösung, um die Verschärfung abzuwenden und appelliert an das Kultusministerium: „Holt endlich die Lehrkräfte und Schulleitungen mit ins Boot und entscheidet nicht an ihnen vorbei. Nur so lässt sich der Lehrermangel langfristig in den Griff bekommen.“

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.  
Walburga Krefting

---

presse@keg-bayern.de

**29.01.2020 – brlv**

### ***Realschule mit zukunftsorientierter Ausrichtung***

**Umsetzung der Anfang Januar formulierten Forderungen der Realschulverbände ist jetzt wichtiger denn je!**

„Wir wollen die hohe Qualität der Realschule und die Zukunftschancen der Realschülerinnen und Realschüler erhalten und weiter verbessern. Deshalb unterstützen wir unsere hochqualifizierten Lehrkräfte an den Realschulen bestmöglich und dürfen ihnen keineswegs Belastungen ‚on top‘ aufbürden. Jegliche Mehrbelastung und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen lehnen wir vehement ab. Gerade an den Realschulen wurde und wird sehr erfolgreich zukunftsorientierte Bildung umgesetzt. Die Menschen in Bayern stehen mit überwältigender Mehrheit zur hohen Bildungsqualität an den Realschulen, in denen derzeit mehr als 200.000 junge Menschen unterrichtet werden“, äußert sich Jürgen Böhm, Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbandes (brlv).

Auch in der differenzierten Lehrerausbildung dürfe es keinerlei Experimente und Vereinheitlichungstendenzen geben, die langfristig der Qualität der Realschulbildung in Bayern schaden. „Wir müssen dafür sorgen, dass sich junge Menschen gerne und zielgerichtet für den Lehrerberuf entscheiden und diesen attraktiv ausgestalten“, so Böhm. In diesem Zusammenhang verweist der brlv-Vorsitzende auf die Forderungen, mit denen sich die drei Realschulverbände bereits Anfang Januar positioniert hatten. Neben dem brlv handelt es sich dabei um den Landeselternverband Bayerischer Realschulen (LEV-RS) und die Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren (VBR). (siehe Anlage)

Um die hohe Qualität der Realschule auch in Zukunft halten zu können, setzt sich der brlv bereits seit 2016 mit aller Kraft für die sogenannte „Integrierte Lehrerreserve“ an den Realschulen im Freistaat ein. Dabei handelt es sich um zusätzliche Lehrer an den Schulen, um Unterrichtsausfälle zu vermeiden und die Möglichkeit, Schüler noch besser und individueller zu fördern. Das klare Ziel der Realschulvertreter sind zwei Lehrkräfte pro Schule.

„Wir brauchen eine zukunftsorientierte Personalplanung. Hier kann ein klarer Einstellungskorridor zukünftig drohende Personalengpässe abwenden“, ist sich Böhm sicher. Daher fordern die drei Verbände, von den noch vorhandenen bestausgebildeten Referendaren und Bewerbern auf der Warteliste im kommenden Schuljahr 2020/21 mindestens 550 einzustellen. Es sei wichtig, Junglehrern klare Perspektiven und Chancen zu bieten, so Böhm.

**29.01.2020 – Philologenverband Baden-Württemberg**  
**Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV BW) zur**  
**Einführung des Vorgriffstundenmodells zum Schuljahr 2020/2021:**

### ***Verband der Gymnasiallehrkräfte bewertet Vorgriffstunden-modell für die Gymnasien sehr skeptisch***

**PhV-Vorsitzender Ralf Scholl: „Wer die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien nachhaltig verbessern will, muss mehr Lehrkräfte einstellen“**

Der PhV BW steht der vom Landeskabinett beschlossenen Einführung eines Vorgriffstundenmodells zum Schuljahr 2020/2021 äußerst skeptisch gegenüber. „Ich gehe davon aus, dass die Resonanz im Gymnasialbereich gegen Null gehen wird“, so der PhV-Vorsitzende Ralf Scholl.

Bereits jetzt hätten viele Lehrerinnen und Lehrer ihre Belastungsgrenze erreicht oder gar überschritten. Mit 25 Unterrichtsstunden pro Woche in Vollzeit sei die Arbeitsbelastung für Gymnasiallehrkräfte exakt so hoch wie in den Notzeiten ab dem Jahr 1923 – damals wurde die gesetzliche Arbeitszeit in der Wirtschaft zeitgleich auf 54 Arbeitsstunden an sechs Wochentagen erhöht! Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Sektoren wurde die Arbeitszeit der gymnasialen Lehrkräfte seit 2003 wieder auf dieses Notstands-Niveau angehoben – obwohl die Anforderungen stark zugenommen haben. „Kein Wunder, dass sich daher nur noch etwas mehr als 30 % der Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien in der Lage sehen, einen vollen Lehrauftrag zu übernehmen und fast 70 % der Kolleginnen und Kollegen – trotz damit verbundener Einkommenseinbußen – in Teilzeit arbeiten“, so Ralf Scholl. „Außerdem leisten bereits viele Lehrkräfte über die 25 Stunden hinaus kurz- und mittelfristige Krankheitsvertretungen. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Gymnasien warten aber immer noch auf die Rückgabe von bereits geleisteten sog. Bugwellenstunden in der Größenordnung von 700 Jahresdeputaten.“

„Für eine schnelle und wirksame Verringerung des Unterrichtsausfalls gibt es im Gymnasialbereich ein ganz einfaches Mittel: Die Einstellung von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern. Für die Gymnasien stehen in praktisch allen Fächern ausgebildete und motivierte junge Bewerberinnen und Bewerber bereit“, erklärt der Vorsitzende des Verbands der Gymnasiallehrkräfte abschließend.

**30.01.2020 – Verband Niedersächsischer Lehrkräfte**

### ***Statement von Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR, zur heute (30.01.20) im Landtag geführten Diskussion über die Unterrichtsversorgung an Niedersachsens Schulen***

Zur heute (30.01.20) im Landtag geführten Diskussion über die Unterrichtsversorgung an Niedersachsens Schulen, insbesondere an den nicht-gymnasialen Schulformen, erklärt Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR:

„Die heutige Debatte in der Aktuellen Stunde im Landtag hat deutlich gemacht, dass sowohl im zweiten Halb- wie auch im nächsten Schuljahr die Unterrichtsversorgung an sehr vielen Haupt-, Real- und Oberschulen weiterhin desolat sein wird. Wir können noch immer keine wirklich Erfolg versprechende Strategie unseres Kultusministers erkennen, wie er die prekäre Situation nachhaltig in den Griff bekommen will. Der gute Wille allein wird dazu nicht ausreichen. Das unproduktive Abordnungskarussell vom Gymnasium an die nicht-gymnasialen Schulformen dreht sich auch im 2. Halbjahr munter weiter. Zum neuen

Schuljahr wird damit Schluss sein, da die Gymnasien ihre Lehrkräfte wegen G9 selbst benötigen. Wie will Kultusminister Tonne die dann entstehenden Lächer stopfen? Ausreichend Junglehrkräfte werden dann noch immer nicht zur Verfügung stehen, weder zahlenmäßig noch fächermäßig. Die enorme Arbeitsbelastung unserer Lehrkräfte, auch bedingt durch die Umsetzung der Inklusion und der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, wird leider auch in Zukunft weiterbestehen bleiben. Es fehlt eine ganzheitliche Lösung.“

Hannover, 30.01.2020

### **30.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein**

#### ***Philologenverband fordert Rechtssicherheit und Erleichterungen bei Klassenfahrten***

##### **„Teilzeitkräfte dürfen nicht benachteiligt werden!“**

Klassen- und Studienfahrten an Grund- und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Ergänzung zum Unterricht in der Schule und sollten deshalb weiterhin fester Bestandteil des schulischen Bildungsauftrags sein. Diese Grundposition vertritt der Philologenverband Schleswig-Holstein und knüpft daran wichtige Forderungen für die Lehrkräfte an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

„Wir wollen Rechtssicherheit, wenn wir Fahrten vorbereiten, gestalten und ausführen!“ erklärte der Vorsitzende des Philologenverbands Schleswig-Holstein, Jens Finger. Schon bei der Vorbereitung einer Klassen- oder Studienfahrt gebe es für die Lehrkräfte Probleme, etwa bei der Einnahme der Geldbeträge für die Fahrt. Für diese müssten in der Regel die Erziehungsberechtigten aufkommen, die dann aber den zu entrichtenden Betrag für ihr Kind auf ein von der Lehrkraft separat eingerichtetes Sonderkonto einzuzahlen hätten. Der Grund: In Schleswig-Holstein darf es keine Schulkonten geben, die von Verantwortlichen der jeweiligen Schule geführt werden. Ein solches Konto darf nur der kommunale Schulträger führen. Das bedeutet, dass die komplette Verantwortung für das „separate (also zweckgebundene) Konto“ bei der jeweiligen Lehrkraft liegt. Nachteile könnten sich ergeben, wenn etwa ein gebuchtes Busunternehmen insolvent wird, Flüge ausfallen, Eltern die Zahlung verweigern oder ähnliches. „Hier erwarten wir von der Bildungsministerin eine rechtliche Neuregelung, die der Fürsorgepflicht für die Lehrkräfte entspricht“, forderte Jens Finger.

Da immer mehr Lehrkräfte in Teilzeitverhältnissen beschäftigt sind, bestehe für diesen Personenkreis auch eine besondere Fürsorgepflicht. Der Anspruch der Teilzeitlehrkräfte auf einen Freizeitausgleich nach einer Klassenfahrt oder einem anderen mehrtägigen außerunterrichtlichen Einsatz bestehe zwar, dieser lasse sich aber in der schulischen Realität nur schwer durchsetzen, da er nur über den Vertretungsunterricht anderer Lehrkräfte gewährleistet werden könne. Auch hier sieht der Philologenverband Handlungsbedarf, da ohne die Teilzeitkräfte mittlerweile nicht genügend Lehrkräfte für Klassen- und Studienfahrten zur Verfügung stehen.

Jens Finger (1. Vorsitzender)  
0176 - 50 88 46 48

Walter Tetzloff (Pressesprecher)  
0431 – 80 41 59

31.01.2020 – Philologenverband Schleswig-Holstein

***Philologenverband: Rechtschreibung bleibt wichtige Kulturtechnik – auch im Computerzeitalter***

**Finger: „Kretschmanns Relativierung ärgerlich und unverständlich“**

Die Rechtschreibung ist und bleibt eine wichtige Kulturtechnik und eine wesentliche Grundvoraussetzung für schulischen Erfolg! Mit dieser Position reagiert der Philologenverband Schleswig-Holstein auf die jüngsten Einlassungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann (Bündnis 90 / Die Grünen), der die Bedeutung der Orthographie für Schülerinnen und Schüler relativiert und auf Rechtschreibprogramme im Zeitalter der Computer hingewiesen hatte.

„Diese Äußerung ist aus mehreren Gründen ärgerlich und unverständlich“, erklärte Jens Finger als Vorsitzender des Philologenverbands. Finger, der selbst Deutschlehrer ist, wunderte sich: „Kretschmann war vor seiner Regierungstätigkeit ein angesehener und erfahrener Lehrer am Gymnasium und sollte es deshalb eigentlich besser wissen.“ Die Fähigkeit, korrekt zu schreiben, sei eine unentbehrliche Kulturtechnik. Sie gering zu schätzen und Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, auf sie komme es nicht mehr an, sei verantwortungslos. Ganz gleich, welchen Schulabschluss eine Schülerin oder ein Schüler erwirbt, sie bzw. er müsse damit rechnen, dass Arbeitgeber oder Hochschullehrer ein genaues Auge auf die Rechtschreibkompetenz der Bewerberinnen und Bewerber werfen.

Der Philologenverband erinnerte in diesem Zusammenhang an die vor wenigen Jahren verstorbene angesehene Bildungsexpertin und Berliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien. Sie hatte seinerzeit die Beherrschung der Rechtschreibung – ganz unabhängig von beruflichen Notwendigkeiten – als einen „Ausdruck der Höflichkeit gegenüber dem Adressaten“ bezeichnet. „Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen“, erklärte Jens Finger, der die schulpolitisch Verantwortlichen aufforderte, der Rechtschreiberziehung, aber auch der Rechtschreibbewertung weiterhin einen angemessenen Stellenwert innerhalb der schulischen Bildungsarbeit einzuräumen.

Jens Finger (1. Vorsitzender)  
0176 - 50 88 46 48

Walter Tetzloff (Pressesprecher)  
0431 – 80 41 59